

Musterantrag auf Auszahlung des Weihnachtsgeldes nach dem alten Recht

Absender...

An das Landesamt
für Besoldung und Versorgung

Ort, Datum

Sonderzahlung 2004 , Einspruch gegen die Bezügemitteilung für Dezember 2004

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantrage ich die Auszahlung einer Sonderzahlung für das Jahr 2004 in Höhe von 84,29 % von den nach dem Besoldungsrecht für den Monat Dezember maßgebenden Bezügen bzw. nach den für den Monat Dezember vor Anwendung von Ruhens- und Anrechnungsvorschriften zustehenden laufenden Versorgungsbezügen.

Begründung:

Nach dem bisherigen Sonderzuwendungsgesetz wären für das Jahr 2004 84,29 % der Dezember-Bezüge zuzüglich eines Sonderbetrages für Kinder zu gewähren gewesen. In meinem Fall sollen nach dem neuen Sonderzahlungsgesetz nur noch % der Dezember-Bezüge gezahlt werden.

Dies verstößt nach meiner Auffassung gegen den verfassungsrechtlich garantierten Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation gemäß Art. 33 Abs. 5 Grundgesetz (GG), gegen den Gleichheits-grundsatz in Art. 3 Abs. 1 GG (unterschiedliche Behandlung von Beamten und Versorgungsempfängern) und gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz von Beamten und Arbeitnehmern im öffentlichen Dienst. Die Gewährung der Sonderzuwendung für die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes war bislang an die Sonderzuwendung für Beamte und Versorgungsempfänger angelehnt. Nachdem die Kürzung nunmehr nur Beamte betrifft, wird dem Grundsatz „Gleiches Gehalt bei gleicher Leistung“ zuwidergehandelt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts vom 19. Dezember 2002, AZ: 2 C 34.01 (ZBR 2003, 212 ff.) darf die Alimentation der Beamten nicht greifbar hinter der materiellen Ausstattung der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst zurückbleiben.

Der dbb nrw lässt die Rechtmäßigkeit der Sonderzahlungen anhand von Musterverfahren gerichtlich überprüfen.

Im Hinblick auf diese Musterverfahren und dem Fehlen einer Musterprozessvereinbarung erkläre ich mich mit dem Ruhen des Verfahrens einverstanden, wenn von meinem Dienstherrn auf die Geltendmachung der Einrede der Verjährung verzichtet wird. Ich bitte insoweit um ausdrückliche Bestätigung.

Mit freundlichen Grüßen

(Unterschrift)